

len Intersektionalitätsdebatte und dem Begriffspaar *scripts/prescripts* herstellt. Der von den Herausgeberinnen zugrunde gelegte „weite script-Begriff“ markiert folglich insgesamt eher das weite Feld „vielseitiger Auslegbarkeit“ (S. 265) als eine klare Verortung innerhalb der gegenwärtigen Debatte in den Gender Studies. Im positiven Sinne vermittelt der Band die Vielfalt der aktuellen Geschlechterforschung – eine Vielfalt, die es allerdings forschungsperspektivisch durch eine stärkere thematische und theoretische Stringenz vor dem Vorwurf additiver Beliebigkeit zu bewahren gilt.

Freiburg im Breisgau Beate Rosenzweig

### Demokratie – ein dehnbare Begriff

Giorgio Agamben u. a.: *Démocratie, dans quel état?*, 151 S., La fabrique éditions, Paris 2009.

Ohne genaue Bedeutung, vage, gar banal: Ein Wort aus Gummi – so lautet um 1848 die Antwort Auguste Blanquis auf die Frage, was denn die Demokratie sei. Es war nicht das erste Mal, dass die Beunruhigung über die Unbestimmtheit der Demokratie zugleich auf eine politisch unruhige Zeit verweist. Eine erneute Aktualität hat die Frage, wer sich heute mit welchem Gehalt des Wortes als Demokrat, als Demokratin, bestimmt, nun in einem Sammelband erhalten, in dem der kleine französische Verlag „La fabrique“ namhafte Vertreter der neueren linken politischen Theoriebildung um eine Antwort gebeten hat.

Dass es heute nahezu unmöglich ist, sich nicht als Anhänger der Demokratie zu bezeichnen und dass das Wort ‚Demokratie‘ zugleich ein beispielloser Fall der Bedeutungsentleerung geworden ist, stellt die aktuelle Herausforderung des politischen Denkens dar. Nicht nur führt die inhaltliche Unbestimmtheit zu vielfältigen und vor allem widersprüchlichen Bestimmungen, sondern sie wirft auch die grundsätzliche Frage auf, inwieweit ein Mangel an Bestimmtheit überhaupt Grund einer diagnostizierten Krise der Demokratie ist. Gegen diesen Verdacht wenden sich die versammelten Autorinnen und Autoren, die hier nicht das erste Mal das gegenseitige Gespräch suchen.

Als dehnbare Begriff ist die Demokratie für sie nicht nur von einer semantischen, sondern auch einer praktischen Zweideutigkeit durchzogen. Der Mangel ihrer eindeutigen Definition

kennzeichnet zwar auch die Krisen der Demokratie, ist jedoch auch Bedingung ihrer Beständigkeit. Insofern enttäuscht dieser Band konsequent die Erwartung, die Beseitigung definitorischer Mängel behebe auch das legitimatorische Defizit der Demokratie. Die einzelnen Beiträge sind auch keine Urteile für oder gegen die Demokratie, mit denen am Ende der Lektüre Bilanz gezogen werden könnte. Dass die Demokratie keine letzte Gewissheit und keine krisensichere Garantie verspricht, sondern in ihrer Krisenförmigkeit selbst auch ihre Stärke liegt, stellt einen gemeinsamen Ausgangspunkt der meisten Beiträge dar. Im Rahmen der Demokratie nach ihrer Zukunft, ihren Institutionen oder ihren Grenzen fragen zu können, ist Signum einer konstitutiven Ambiguität.

Dass die Demokratie sich, wie etwa Jacques Rancière und Giorgio Agamben betonen, weder auf eine Regierungsform noch auf Regierungspraktiken oder einen Modus des sozialen Lebens reduzieren lasse, erfordert, sie von den Aporien ihrer Selbstbegründung her zu begreifen. Der seit den Anfängen der modernen Demokratie jeder demokratischen Politik inhärente Zwiespalt zwischen instituierender und institutierter Macht stellt den Ausgangspunkt dar, um nach den Widersprüchen zwischen Anspruch und Verwirklichung von Gleichheit und Freiheit zu fragen. Die Einsicht in diesen Zwiespalt eröffnet auch, dass am Grund jeder Demokratie statt eines *principiums* ihre radikale Unbegründbarkeit liegt. Dieser, wie Jean-Luc Nancy betont, an-archische Zug der Demokratie kann auch als ‚Nichtregierbarkeit‘ des Volkes in jedem Regieren (Agamben) oder immer schon während ‚Gleichheit im Herzen der Ungleichheit‘ (Rancière) gedeutet werden.

Ein Großteil der Beiträge nimmt für die Analyse der gegenwärtigen Lage das Verhältnis der Demokratie zu totalitären Formen der Herrschaft wie auch zur kapitalistischen Überformung politischer Strukturen näher in Betracht. Wenn die Demokratie keine eindeutige positive Bestimmung besitzt, dann kann ihr jeweiliger Zustand nur per Negation beziehungsweise anhand von Totalisierungs- und Entdemokratisierungseffekten beurteilt werden. Die zunehmende Bürokratisierung wie auch Formalisierung demokratischer Prozesse sind dann auch als solche Effekte darzustellen, wie vor allem Wendy Brown und Daniel Bensaid schreiben. Auch die beunruhigende Konformität von Kapitalismus und Demokratie gilt es unter diesem Aspekt zu kritisieren. Von Alain Badiou Identifizierung der beiden bis zur These der überwälti-

genden Dominanz der Ökonomie über die Volkssouveränität finden sich durchaus kontroverse Positionen zu dieser Problematik (vgl. Bensaïds Kritik an Badiou). Slavoj Žižek wiederum gibt zu bedenken, dass die politischen wie ökonomischen Entwicklungen in China die These zulassen, dass der Kapitalismus in einem autoritären Staat sogar erfolgreicher florieren könnte als in liberalen Demokratien. Demzufolge steht die Legitimationsstrategie letzterer vor dem Problem, dass ihre politische Liberalität weder Bedingung noch Motiv wirtschaftlichen Erfolgs ist, sondern eher zum Hindernis ökonomischen Wachstums würde.

In dieser Hinsicht berührt die titelgebende Frage des Bandes auch eine zweite Ebene. „*Démocratie, dans quel état?*“ fragt auch nach der politischen Form der Demokratie. Die Kapitalismuskritik spielt für den Großteil der Autorinnen und Autoren erst im Zusammenspiel mit einer Kritik des Staates [*État*] ihre durchschlagende Rolle. Auch die Sanktionierung von Staaten aufgrund defizitärer demokratischer Strukturen verweist auf die paradoxe Struktur zwischenstaatlicher Politik, in der Staaten im Namen der Demokratie gegen innen- wie außenpolitische Akteure vorgehen. Die machtvolle Geste westlicher Demokratien, anderen Staaten oder politischen Akteuren die demokratische Reife abzusprechen – wie Kristin Ross am in-nereuropäischen Fall der irischen Ablehnung des Vertrags von Lissabon und Žižek am Beispiel der Unterdrückung der volksdemokratischen Lavalas-Bewegung in Haiti zeigen –, zeugt von Widersprüchen, welche die unangefochtene Legitimität der Demokratie gefährden.

Die Beiträge befragen damit immer auch die Instanz, auf welche sich demokratische Politik bezieht. An der Frage, ob die demokratische Form eine Politik der Emanzipation gerade ermöglicht oder doch immer wieder begrenzt, spalten sich die Meinungen. Dass die Demokratie kein erreichbares Ideal besitzt, heißt auch, dass politische Auseinandersetzungen nicht allein die Inhalte, sondern immer auch deren institutionellen Rahmen betreffen. In der Kritik dessen, was das dominante westliche Modell der Demokratie an ihren eigenen Bedingungen verkennt und wie sie in ihrer hegemonialen Formierung immer auch gleichberechtigte Formen des Demokratischen ausschließt, äußert sich ein anderes und vielleicht radikaleres Verständnis der Demokratie. Wenn durch Politik eine dissensuelle Pluralität möglicherweise ganz zum Verschwinden gebracht wird, reduziert sich die Demokratie, wie Bensaïd im Anschluss an

Hannah Arendt formuliert, auf eine reine Verwaltung der Dinge.

Auch wenn die Autorinnen und Autoren nahezu geschlossen aus der radikaldemokratischen Linken kommen, bleiben ihre Beiträge in ihren Analysen und Denkangeboten erfreulich vielseitig. Ihre lebendige Debatte zwischen politischer Philosophie und emanzipatorischer Praxis, die bislang vorwiegend englisch- und französischsprachig geführt wurde, ist in den öffentlichen oder akademischen Diskursen hierzulande noch immer nicht vollständig angekommen. Es ist dem Band zu wünschen, dass er dies zu ändern und vielleicht auch beide Sphären ins Gespräch zu verwickeln vermag. Für Anfang 2011 ist immerhin eine Übersetzung geplant.

Frankfurt am Main

Felix Trautmann

### „Postdemokratie“ in der Diskussion

*Colin Crouch*: Postdemokratie, 160 S., Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2008; *Michael Hirsch/Rüdiger Voigt* (Hg.): Der Staat in der Postdemokratie. Staat, Politik, Demokratie und Recht im neueren französischen Denken, 230 S., Steiner, Stuttgart 2009.

Seit einiger Zeit kursiert das Schlagwort der ‚Postdemokratie‘ (seltener auch als ‚Post-Demokratie‘) in politischen und politikwissenschaftlichen Diskursen. Zwar ist es als Begriff häufig nicht klar gefasst, es suggeriert aber unmittelbar kritisches Potential: ‚Postdemokratie‘ scheint das (wirkliche oder vermeintliche) Aushöhlen demokratischer Institutionen und Ermatten der demokratischen politischen Kultur, die zunehmende Massenmedialisierung, den (illegitimen) politischen Einfluss von Interessensgruppen und die schwindende Legitimität der politischen und wirtschaftlichen Eliten auf den Begriff bringen zu können. Die Rede von einem zeitlichen ‚Nach‘ der Demokratie beschwört zudem – zumindest rhetorisch – die Gefahr, dass die genannten, aus normativer Sicht defizitären Prozesse in einer Ära der Diktatur münden könnten – gleichsam als Wiederkehr der dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts.

Empirische Anlässe einer derart pessimistischen Kritik lassen sich leicht benennen. Während die bequemen Gewohnheiten der europäischen Sozialstaaten durch Globalisierung,